

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10 Pfg. im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänemark, das Saame, Mittelamerika sowie die römischen Reichsteile Polens u. Jugoslawiens 20 Pfg., für das übrige Ausland 27 Pfg. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 Pfg. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 80.

Die abgesetzten Kontrahenten oder deren Raum kosten 5.— M. einschließlich Transportzuschlag. Kleine Anzeigen: Das erste Mal 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das erste Mal 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reparation und Kabinettserweiterung

Die Erfüllung des Ultimatums Deutschland zahlt sofort 150 Milliarden Goldmark Berlin, 17. Mai.

In Ziffer 5 des Ultimatums hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, innerhalb von 23 Tagen eine Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen, oder in deutschen Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit zu bezahlen. In Ausführung dieser Verpflichtung hat die deutsche Regierung — entsprechend ihrem Vorschlag in dem Vermittlungsangebot an die amerikanische Regierung — der Reparationskommission zunächst eine sofortige Zahlung von 150 Millionen Goldmark fast ganz in ausländischen Devisen angeboten. Sobald die Reparationskommission die Empfangsstelle benannt hat, werden die 150 Millionen Goldmark überwiesen werden. Vor Ablauf der 23-tägigen Frist, also Ende Mai, wird der Reparationskommission eine weitere Zahlung in bar, der Rest in deutschen Schatzanweisungen, geleistet werden. Wie wir hören, sind Dispositionen getroffen, welche die Einlösung dieser Schatzanweisungen innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes sicherstellen.

Kabinettsergänzung nach Rechts?

Die „B. Z.“ am Mittag bringt die Mitteilung, daß der Reichskanzler Dr. Wirth Verhandlungen mit dem leitenden Direktor der Kruppwerke, Dr. Wiedefeld einleitet hat, mit dem Ziele, ihn als Außenminister zu gewinnen. Ferner wird mitgeteilt, daß auch mit bayerischen Politikern über den Eintritt in letzter der Kruppwerke, Dr. Wiedefeld eingeleitet hat, mit Möglichkeit angedeutet, die Regierungskoalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei zu erweitern. Wenn auch eine Bestätigung dieser Mitteilungen abzuwarten sein wird, so ist doch schon in diesem Augenblick der

Sinweis geboten, daß alle diese Pläne geeignet erscheinen, den günstigen Eindruck, den die Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Wirth auch im Ausland hervorgerufen haben, zu erschüttern. Die Verbindung mit den Leuten, die die Annahme des Ultimatums abgelehnt haben, würde Deutschlands Stellung erneut wieder in jenem zweideutigen Licht erscheinen lassen, das bisher jede Verständigung unmöglich gemacht hat.

Dr. Wirth über die Entwaffnung Laten unmittelbar bevorstehend

Der Reichskanzler Dr. Wirth äußerte sich in einer Unterredung mit dem Chefredakteur der „Germania“ über die Ausführung der von uns angenommenen Londoner Beschlüsse folgendermaßen:

„Was wir haben ja gesagt. Es war ein aufrichtiges, ehrliches Ja. Wir knüpfen daran keine Bedingungen, im Sinne von formalen Konstruktionen, die die Aufrichtigkeit des Ja einschränken könnten. Ich spreche also nicht von Bedingungen. Ich sehe auch, was in meinen Kräften steht, da wir wissen, daß Entwaffnung und Leistungen an Sachgütern wie an Geld alsbald getätigt werden und hoffe, daß bereits in der nächsten Woche Befehle erteilt werden können, die den Alliierten zeigen, daß wir nicht mit Worten spielen, sondern daß wir zu Taten, was in unseren Kräften steht, bereit sind. Unser Ja hat, so glaube ich, zu einer großen Entspannung der internationalen Lage geführt. Ich hoffe, daß baldige Leistungen auch auf dem Gebiet der Entwaffnung diese Spannung vollenden werden. So Gott will, wird man bald sagen können in der Welt: Das ist die Mühe, die man sich zum Anstoß zuzieht.“

Diese Ankündigung, daß noch in dieser Woche Schritte in bezug auf die Erfüllung der Bedingungen der Entente über die Entwaffnung erfolgen werden, ist zu begrüßen, doch wird man mit einem endgültigen Urteil zurückhalten müssen, bis man diese Schritte selber kennen gelernt hat.

Ruhepausen der Revolution

Von Otto Bauer

„Die Sowjetrepublik darf nicht mehr mit einem schnellen Siege der Weltrevolution rechnen“, so sagte Lenin auf dem Parteitag der russischen Bolschewiki. Die Kapitalisten jubeln nicht über Lenins Hoffnungen auf die Welt Herrschaft des Kapitals zu brechen? Begründet er damit nicht die Wiedereinführung des freien Getreidehandels in Rußland, die Auslieferung russischer Bodenschätze an ausländische Kapitalisten, den Friedensschluß mit Polen und den Verzicht auf die revolutionäre Politik in Vorderasien? Darf Mr. Lloyd George nicht Lenin loben, da der Führer der Sowjetrepublik mit der Fortdauer des Kapitalismus zu rechnen, sich seiner Macht zu beugen beginnt?

Wie so oft in der Geschichte, war auch diesmal die Niederlage auf den Schlachtfeldern die Quelle der Revolution. Nur die besiegten Länder sind von der Revolution erfasst worden; in den Siegerländern blieb die Macht der herrschenden Klassen ungebrochen. So herrscht in den Ländern, die über die Rohstoffe, die Nahrungsmittel, die Kapitalien der Erde verfügen, deren Flotten das Weltmeer, deren Heere die Kontinente beherrschen, der Kapitalismus. Seine Welt Herrschaft setzt der Revolution der besiegten Länder ihre Schranken.

Aber auch innerhalb der revolutionierten Länder selbst ist die Revolution auf eine fruchtbarere Schranke gestoßen. Es ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen dem Arbeiter und dem Bauern, an dem die Kraft der Revolution ihre Grenze fand. In Rußland konnte das Proletariat die Aufhebung der Bauernschaft gegen eine noch halbfeudale Agrarverfassung ausnützen, um sich der Staatsgewalt zu bemächtigen; aber sobald der Bauer die Ueberbleibsel des Feudalismus zerstört, sich des Bodens der Grundbesitzer bemächtigt hat, sobald er als freier Eigentümer auf seinem Boden sitzt, zwingt er, wie die Wiedereinführung des freien Getreidehandels so deutlich zeigt, durch die unbesiegbare Kraft seines passiven Widerstandes der aus dem Proletariat hervorgegangenen Staatsgewalt seinen Willen auf. In Mitteleuropa hat die Revolution von Anfang an eine konservative, vom kapitalistischen Geist beherrschte Bauernschaft vorgefunden. Die häßliche Bourgeoisie, allein in der Bauernschaft das starke Bollwerk gegen die proletarische Revolution. Hier stand, anders als in Rußland, die Revolution von Anfang an der einen reaktionären Klasse, der Stadt- und Dorfbourgeoisie, gegenüber und alle Versuche, Arbeiter und Bauern gegen das Kapital zu allieren, scheiterten an der Gemeinschaft der Interessen der bestehenden Klassen in Stadt und Land.

Die Revolution hat in Osteuropa die halbfeudale Grundeigentumsordnung zerstört und das bäuerliche Privateigentum am Grund und Boden hergestellt. Sie hat in Mitteleuropa die halbfeudalen Militärmonarchien vernichtet und bürgerliche Republiken begründet. All das ist gewiß ein gewaltiger Fortschritt. Aber der Sozialismus ist es nicht. Lenin selbst gesteht, daß wir vorerst noch mit der Fortdauer der Kapitalismacht rechnen, ihrer schnelle Ueberwindung nicht hoffen dürfen. Was Wunder, daß die Kapitalisten triumphieren!

Und dennoch triumphieren sie zu früh. Seht euch nur um in der kapitalistischen Welt! In England feiern die Kohlengräber, weil die Bergwerksbesitzer die Kohle nicht abzugeben vermögen; in Oesterreich droht die Kohlennot alles wirtschaftliche Leben. Die Textilindustrie Englands, Amerikas, der neutralen Länder entläßt zehntausende Arbeiter, weil sich unverkäufliche Gewebe in ihren Speichern häufen; und auf dem ganzen europäischen Festland gehen Millionen in Lumpen, weil sie keine Gewebe kaufen können. Die amerikanischen Landwirte sind in Not, weil ihre Ernten unverkäuflich in den Lagerhäusern liegen bleiben; und in ganz Europa herrscht Not an Agrarprodukten! Dort hochwertiges Geld, daher Absatzstörung und Arbeitslosigkeit; hier minderwertiges, daher verborgene Teuerung! Aber haben wir nicht drüben derselbe Gegensatz zwischen beispiellos schnell anwachsendem Reichtum, Ueberfluß, Luxus und bitterem Elend der Massen, fortwährender Verelendung der geistigen Arbeit, Verkümmern und Entartung aller höheren, wirtschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus gewaltiger, fürchterlicher entsetzt sind als je zuvor, und die Klassen gegenläufige Kräfte der Welt, verschärfen sich zugleich auch all die anderen dem Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems entspringenden Gegensätze: das Wettstreit zwischen England und Amerika, die offene Feindschaft zwischen Amerika und Japan, die kaum verheilte Wunden Frankreich und Italien, die Aufhebung der Besiegten in Europa und Vorderasien, die Rebellion der Unterworfenen von Irland bis Indien, die Feindschaften und die inneren Krisen der neugegründeten Staaten in Mittel- und Osteuropa — Krisenherde, Kriegsgefahren, Revolutionsteime überall! Wer kann glauben, daß diese Weltordnung von Dauer sein kann? Und jede neue, jede neue Katastrophe gibt der sozialen Revolution neuen Auftrieb! Nein, die Kapitalisten haben keinen Grund, zu triumphieren. Die soziale Revolution ist nicht tot. Sie hält ein in ihrem Laufe.

Frankreich und England über Oberschlesien

Mißverständnisse oder Uneinigkeit? London, 17. Mai.

„Daily Express“ zufolge, ist Frankreich ein neues Memorandum der englischen Regierung zugesandt worden, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Rede Lloyd Georges in Frankreich augenscheinlich mißverstanden worden sei, insbesondere seine Erklärung bezüglich der Erlaubnis, die Deutschland erhalten sollte, in Oberschlesien einzuziehen. Das Blatt sagt weiter, die englische Regierung wolle, daß alle möglichen Friedensverträge zu sichern, sowohl durch die Polen als auch die Deutschen.

Englisch-französischer Notenwechsel Frankreichs Haltung zu Oberschlesien

London, 15. Mai.
Savas meldet: Hier wird berichtet, daß die englische Regierung durch Vermittlung ihres Botschafters, Lord Hardinge, Briand eine Note über die Ereignisse in Oberschlesien übermittelte. Diese Note soll Argumente entwickeln, die denjenigen, welche der englische Premierminister am gleichen Tage im Verlauf seiner Rede vorbrachte, sehr ähnlich seien. In dieser Note habe Lloyd George Briand gebeten, sobald als möglich mit ihm in Boulogne zusammenzukommen, um die Lage zu prüfen. Briand soll Lloyd George geantwortet haben, indem er den französischen Standpunkt so zum Ausdruck brachte, wie er bereits bekannt ist und wie er ihn übrigens durch die Erklärungen der Vertreter der Presse gegenüber bekannt gegeben hat. Der französische Ministerpräsident hat den Wunsch ausgedrückt, Oberschlesien in Gemäßheit des Friedensvertrages und der Volksabstimmung zugesprochen zu sehen, und den englischen Premierminister wissen lassen, daß er über diese Sache nicht mit ihm verhandeln könne, bevor er mit dem französischen Parlament in Verbindung genommen habe.

Die Kammer soll nächsten Donnerstag ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Paris, 15. Mai.
Die „Petit Parisien“ berichtet, wird in der Antwort der französischen Regierung auf die an sie gerichtete englische Note über Oberschlesien unter anderem gesagt, wenn auch in gewisser Nähe Polen die Verantwortung für die Ereignisse in Oberschlesien zufalle, so habe die polnische Regierung doch eine korrekte Haltung beobachtet und die Grenze gesichert. Die Note erinnere auch an die Verantwortlichkeit Deutschlands und drücke Verwunderung darüber aus, daß die englische Regierung noch nicht die von der Botschaftskonservierung beschlossene Demarche in Berlin ausgeführt habe. Die französische Regierung bestimme formell, daß die Vertreter Frankreichs in Oberschlesien niemals eine Politik der vollendeten Tatsachen er-

mutet, auch keinen Waffenstillstand mit den Aufständischen unter Festsetzung einer Demarkationslinie abgeschlossen hätten. Endlich leugne man französischerseits, jemals die Absicht gehabt zu haben, daß gesamte ober-schlesische Boden nötigenfalls mit Gewalt Polen zugesprochen. Die französische Regierung erkläre schließlich, daß, wenn Deutschland in Oberschlesien mit Waffengewalt eingeweist, Frankreich in keinem Fall dem passiv zwischen liegenden „Petit Parisien“ folgt hinzu, ein bewaffneter Eingriff Deutschlands in Oberschlesien würde notwendigerweise als Verletzung des Friedensvertrages von Versailles, also als casus belli angesehen werden.

London, 16. Mai.
„Times“ erzählt, daß der britische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, eine Unterredung mit Briand über Oberschlesien hatte und dem französischen Premierminister die Ansicht der britischen Regierung unterbreitete, die in der Unterredung Briand Georges am Freitag dargelegt war. Im Verlauf dieser Unterredung forderte die „Times“ auf, ruhig Blut zu bewahren. Lloyd George habe am Freitag nicht gesagt, daß man es Deutschland gestatten solle, in Oberschlesien auf eigene Faust die Ordnung wieder herzustellen. Das Blatt ist der Ansicht, ohne Wiederherstellung Polens sei ein dauernder Friede in Europa nicht erreichbar. Eine der Hauptschwierigkeiten sei jedoch darin die Erziehung der Polen selbst zu Verantwortungsgesühl und zur Anwendung politischer Mäßigung. Polen müsse im eigenen Interesse peinlich den Geist und den Buchstaben des Versailles-Vertrages beobachten. „Times“ ist der Ansicht, nicht wieder gutzumachender Schaden könne der Lage des europäischen Friedens und daher auch Frankreich zugefügt werden, wenn die Schwierigkeiten einer ober-schlesischen Regelung als Vorwand für eine Besetzung des Ruhrgebietes oder anderer Teile Deutschlands benutzt würden.

Die Haltung Amerikas

Paris, 17. Mai.
Der „Chicago Tribune“ wird von ihrem Botschaftsleiter aus Washington gemeldet, daß gewisse Anzeichen dafür vorliegen, daß die amtlichen Kreise mit den Neugierigen Lloyd Georges im Unterhaus, am vorigen Freitag, sympatisch seien. Es sei jedoch unrichtig, daß er sich so heftig ausgesprochen habe, weil das Ueinigkeit zwischen Frankreich und England hervorruft. In Washington werde es für wichtiger gehalten, daß die Einigkeit zwischen England und Frankreich wiederhergestellt, als daß die ober-schlesische Frage geregelt werde. Die Stellungnahme Washingtons werde wahrscheinlich inoffiziell bleiben und mittels moralischer Unterstützung die Lage beeinflussen.
(Weitere Nachrichten siehe dritte Seite.)

Irland, Freitag abend sind in einer Hauptstraße von Dublin vierzehn Bürger durch eine Bombe, die nach einem Frachtauto mit Hilfspolizisten geworfen wurde, verunglückt worden.

Sie weicht da oder dort wohl gar um ein paar Schritte zurück. Sie holt Atem. Aber die Stunde kommt, in der sie von neuem losbricht.

Die Kommunisten mögen enttäuscht sein. Sie haben sich vorgestellt, die Revolution bräme mit einem einzigen gewaltigen Ansturm die kapitalistische Welt in Trümmer schlagen. Daß der Krieg überaus, bei den Siegern wie bei den Besiegten, die Revolution auslösen, daß sie sich mit Vitheseile von einem Lande auf das andere verbreiten, daß sie überall in ähnlichen Formen und ähnlichem Tempo wie in Rußland vorwärtszürchen werde, war die Grundvoraussetzung des Kommunismus. Heute geschieht er selbst durch Lenins Mund, daß es kein Grunddatum war. Wir Sozialdemokraten sind dieser Illusion nie erlegen. Uns hat die Geschichte gelehrt, und wir haben es in diesen Jahren immer wieder gesagt, daß jede soziale Revolution ein unergleichlich längerwieriger, mannigfaltiger, komplizierterer Prozeß ist, als die kommunistische Rinderstiel annahm. Die bürgerliche Revolution hat von 1789 bis 1871 Europa in ihrem Bann gehalten. Sie hat in diesen achtzig Jahren die mannigfaltigsten Phasen durchlaufen und die mannigfaltigsten Formen angenommen. Sie hat sich zeitweilig unterbrochen, ist zeitweilig niedergeworfen worden und hat sich doch immer wieder von neuem erhoben, bis ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt war. Der proletarischen Revolution unseres Zeitalters ist keine kleinere, keine leichter zu bewältigende Aufgabe gesetzt. Ihr Gang wird nicht länger, nicht gleichmäßiger, nicht weniger wechselvoll sein. Eine Phase der sozialen Revolution mag beendet sein; aber die Revolution selbst geht weiter.

Die erste Phase der Weltrevolution hat dem Proletariat gewaltigen Nachdruck gebracht; wie unendlich härter ist es heute als vor 1917! Können wir im Augenblick nicht zu neuem Schlag ausholen, so gilt es, die Errungenschaften der ersten Revolutionsphase sich festzuhalten, Kämpfen, die sie in Gefahr bringen könnten, auszuweichen, die errungenen Machtpositionen zur Sammlung, Organisierung, Selbst-erziehung des Proletariats anzunutzen. So nähern wir die Ruhepause der Revolution. Daß sie nicht allzu lang währe, dafür sorgt der Kapitalismus selbst. Er selbst erzeugt die Krisen und Katastrophen, die die neue revolutionäre Phase einleiten werden. Dann lassen die Apologeten des Kapitals die wohlfeile Freude! Unsere Stunde wird wiederkommen. Sie kommt wieder, mit wild webendem Lockenhaar, ergene Sandalen an ihren Sohlen.

Deutsche Volkspartei und Ultimatum

Beschreibende Antworten, aber — Ablehnung

Von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei haben im Reichstage außer sechs alle gegen die Annahme des Ultimatus der Entente gestimmt. Es ist kein Zweifel, daß diese große Mehrheit gegen das Ultimatum nur zustande kam, weil diese Herren ohnehin mit der Annahme des Ultimatus durch Unabhängige, Sozialdemokraten und Zentrum rechneten und ihre Haltung nur von parteipolitischen Motiven bestimmen ließen. Eine unsterbliche Befähigung dieser Tatsachen liefert der deutschvölksparteiliche Abgeordnete Rippler in der „Täglichen Rundschau“. Er berichtigt auf Grund von Mitteilungen, die ihm als Mitglied der völksparteilichen Fraktion zuteil geworden sind, über die Bemühungen, vor Annahme des Ultimatus durch den Reichstag von der Entente genauere Aufschlüsse über einige strittige Punkte zu erlangen.

Rippler, der gegen die Annahme des Ultimatus gestimmt hat, erklärt jetzt, die von der Entente seitens erfolgten Anworten seien befriedigend gewesen und stellten einen Erfolg der Bemühungen dar, amtliche Auslegungen und, wenn möglich, entgegenkommende Zusicherungen von der Entente zu erhalten, die wenigstens einzelne der Wünsche auf eine erträgliche Ausführung der gestellten Forderungen festlegten.

Ueber die Fragen und Antworten macht der Artikel folgende Angaben: Ueber den Sinn der Bestimmungen des Artikels 19 des Protokolls der Wiedergutmachungskommission, daß Deutschland auf Anforderung „solches Material und solche Ar-

beitskräfte“ zur Verfügung stellen sollte, wie sie von den alliierten Mächten mit vorher erweiterter Billigung der Wiedergutmachungskommission für den Aufbau der zerstörten Gebiete verlangt werden sollten, sei mitgeteilt worden, daß dieser Artikel 19 nur so verstanden werden sollte, daß die Entente das Recht für sich beansprucht, Deutschlands Aufträge für die Herstellung und Wiederherstellung von Waren zu geben, nicht aber das Recht, etwa in Arbeit befindliche oder fertiggestellte Artikel für sich anzufordern. Auf die zweite Frage nach dem Schicksal der Abgabe von 50 Prozent auf den Import deutscher Waren wurde versichert, daß in England nicht die Absicht bestünde, mehr als 26 v. H. des deutschen Exportwertes für Zwecke der Wiedergutmachung einzusetzen, gleichgültig, ob die bestehenden Gesetze vom Jahre 1921 in Kraft blieben oder nicht. Auch auf die dritte Frage nach der Aufhebung der Sanktionen wurde eine befriedigende Antwort erteilt. England und auch Italien stellten sich bedingungslos auf den Standpunkt, daß die Sanktionen in Belgien in Kraft kommen hätten. Frankreich sei von dieser Auffassung seiner Alliierten unterrichtet. Rippler macht über die Antwort auf die vierte Frage nach dem Schicksal Oberschlesiens keine Angaben, doch ist kein Zweifel, daß auch hier eine Antwort erteilt wurde, die befriedigenden Eindruck machte.

Wenn trotzdem die Deutsche Volkspartei in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen die Annahme des Ultimatus gestimmt hat, so beweist das, daß diese Herrschaften sich lediglich von dem Bestreben leiten ließen, sich in der nationalpolitischen Hitze von den Deutschnationalen nicht übertreffen zu lassen. Es ist sehr bezeichnend, daß die „Völkische Zeitung“, die Ripplers Darstellung wiedergibt, sich sehr kühl, Konsequenzen aus ihr abzuleiten. Es würde ja auch sonst zu deutlich werden, daß solchen der auch von diesem Blatt anerkannten Koimündigkeit der Annahme des Ultimatus und seinem jetzigen Wunsch, die Deutsche Volkspartei wieder in die Regierung zu bringen, eine abstrakte tiefe Kunst befehlt.

Ernst und trübe

Die Deutschnationalen gegen die Regierung Wirth

In einem sehr langen, dafür aber um so inhaltsloseren Artikel in der „Kreuzzeitung“ verbreitet sich der Führer der Deutschnationalen Graf Westarp, über die innerpolitische Lage. Er bezeichnet die nahe und ferne Zukunft für die Deutschnationalen als so ernst und trübe wie je und ist besonders ungehalten darüber, daß dem Hinauswurf der Deutschen Volkspartei im Reiche die Aufrichtung der alten Koalition in Preußen folgen solle. Er wendet sich sodann gegen die Annahme der „Germania“, daß die Deutschnationalen der neuen Regierung keine Oppositionen bereiten würden und meint:

„Die Zusammensetzung der Regierung, der Beschluß der Unterwerfung unter das Ultimatum, der ihre erste Tat war und dem sie ihre Entstehung verdankt, ihre Abhängigkeit von den Unabhängigen lassen den schärfsten Kampf gegen sie als notwendig erscheinen. Von ihr ist eine Politik zu erwarten, die rückwärtsloseste Opposition entgegenzusetzen muß. Sozialisierungspläne, die unsere Wirtschaft lebensunfähig machen, und das deutsche Eigentum dem Zugriff der Feinde anzuheften, eine Steuerpolitik des Herrn Wirth nach Eysbergers Muster, die unter hohen Agitationsphrasen sozialdemokratischer Art die direkte Besteuerung bis zum vollenetzten Anfinn ausstellen und sich für die Aufbringung weiterer Mittel durch indirekte Steuern anfänglich erweisen wird, eine Kulturpolitik des sozialdemokratischen Abgeordneten Stadmann — der „Klabberdatsch“ nennt ihn evangelisch — weitere völlige Unterwürfigkeit in der äußeren Politik, das sind Dinge, die wir von der neuen Regierung zu erwarten haben.“

Diese schroffe Oppositionsanklage an die neue Regierung, die mit zahllosen Fehertreibungen über die Absichten der neuen Regierung geschmückt ist, dient anscheinend nur dem Zweck, auch die Deutsche Volkspartei gegen die Regierung scharf zu machen und Zentrum und Demokraten zu veranlassen, die bisherige Politik zu betreiben, d. h. alles daran zu setzen, damit den Kapitalisten nicht mehr getan wird. Welcher Erfolg diesen Absichten beschieden sein wird, können wir ruhig abwarten.

Drüben in der Abendsonne lagen die Kirchen und Türme der Stadt Bloch, nach der uns schon oft eine geheime Sehnsucht jagt. Wir hatten von unseren Unteroffizieren erfahren, daß wir am Pfingstsonntag-Nachmittag in die Stadt dürfen. Zum ersten Mal auf das andere Reichslufer! Aber, da wir noch immer keine Uniform vom Bekleidungsamt geliefert bekommen hatten, sollten wir von den Herren Unteroffizieren geführt werden, in Reihe und Glied, je zwei und zwei. Wogu wir selbstverständlich wenig Zeit hatten, so sehr uns die Stadt lockte. Und außerdem hatten uns die Unteroffiziere erklärt, daß sie morgen nicht die Bärenhäuter spielen wollten, sondern lieber in Ruhe Skat spielen; mer auf die Frage des Kompanieführers etwa vorziehen würde und damit behandelte, die Stadt Bloch besichtigen zu wollen, könne kein bloßes Wunder erleben. So waren wir uns alle längst darüber klar geworden, daß das eine Wunder das andere keineswegs wert war, und hatten schon vorher resigniert, ehe uns das Verbot der geschmückten Pfingsten traf. Der Herr Kompanieführer hatte inzwischen eine wohlwollendere Maske vorgezogen. Er riefte mit der Gnade des bewährten Stadtbefehlshabers herans. Schließlich erzwangte er, daß die gesamte Kompanie einen Schritt vorzürchen würde und daß er hinfort einen besonderen Stein der Dankbarkeit bei uns im Brett haben werde. Etwas Schmeicheln und Stillsitzen war die Antwort auf die Erlaubniserteilung. In den Unteroffizieren stand heimlich ein besonderer Triumph auf. So ja, sie hatten sich nicht in ihren Tugenden gelübt! Deste entschuldigt war der Herr Kompanieführer, der uns gar zu gern für den morgigen Tag aus dem Dorfe los gewesen wäre, weil er einige Kameraden von den benachbarten Kompanien zu sich ins Schloß, wie er sein schönes Landhaus nannte, zum Mittagessen geladen hatte und es ihm entschieden unangenehm war, wenn ein paar unerwünschte Augen dem Taumel der Festbeweise im Garten zuschauen hätten. Er murmelte etwas von unbegreiflicher Undankbarkeit; nun habe er uns schon einmal ein besonderes Vergnügen bereiten wollen; mit der Beschäftigung der Stadt sei es nun ein für alle Mal Pfingst. Dann kam er sehr sprunghaft auf die von uns geplante Musikkapelle zu sprechen. Woher wußte er davon? Wir sind nie dahinter gekommen. Wir hätten nur die Aufforderung, daß wir ihm zuerst morgen früh mit unseren Instrumenten ein Feiertagsständchen zu bringen hätten. Wohl und frohe Wiederlebe es, die den Soldaten die Laune bewahrten und was dergleichen schöne Worte noch mehr sind. „Wegzürchen!“

Traurig stehen wir den großen Häusern unserer Pfingstbische auf der Wiese liegen. Und stumm empfangen wir unsere Post, darunter die Päckchen mit den Instrumenten. Dann aber hielten wir einen Privatappell ab und kamen einstimmig zu dem Beschluß, daß wir uns lieber den kleinen Finger abbeihen würden, als dem Manne ein Ständchen bringen, der uns so ohne zwingenden Grund die Freude verborben hatte, unsere Schwestern mit Maizen zu schmücken. Die meisten von uns bliesen nur ein paar melancholische Töne auf den Flöten und Pappitrompeten, dann vernichteten sie die Herr-

Traugott von Jagow

Die „Kreuzzeitung“ brachte am 29. April ein Inserat des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts, das die Mitteilung enthielt, daß der Stabschef hinter dem Regierungspräsidenten a. D. Traugott von Jagow wegen Hochverrats erledigt ist. Als daraus gefolgert wurde, daß auch Jagow wie fast alle seine Kapp-Komplizen amnestiert worden sei, wurde das bestritten. Die „Welt am Montag“ bringt jetzt die Aufklärung für diese Zweideutigkeit. Ihr ist von der zuständigen Stelle amtlich erklärt worden: der Stabschef ist dadurch erledigt, daß Herr von Jagow eine Ration von 500 000 Mark gestellt hat.

Diese „Erledigung“ des Verhafteten gegen Jagow scheint nur der Vorläufer seiner Amnestierung zu sein. Es wäre ja auch vermerkt, wenn das Reichsgericht anders handeln und Herrn von Jagow anklagen wollte. Seine Strenge gegen die Kappverbrecher zu zeigen, hat es noch nie das Bestreben gehabt. Die deutsche Justiz ist ja auch zu sehr in Anspruch genommen mit der Verfolgung jugendlicher Kommunisten, die den Staat durch Verteilen oder Verteilen von Flugblättern in höchste Gefahr gebracht haben.

Steigerung des Markkurses

Es kurz vor der Annahme des Ultimatus durch den Reichstag war die deutsche Valuta im Auslande hündig nach unten gegangen, und dementsprechend verbeßerten sich die ausländischen Devisen an den deutschen Börsen. Besonders deutlich kam das in der Bewertung der Dollarnoten in Deutschland zum Ausdruck. Am 8. Mai wurden an der Berliner Börse für den Dollar 65,80, am 9. Mai 67,15 M. gezahlt. Nach der Annahme des Ultimatus sank der Kurs, am 11. wurden 62,88, am 13. Mai 58,21 M. gezahlt. Am Sonnabend waren die deutschen Börsen geschlossen, Devisenkurse wurden nicht notiert. New York führte die Börsengeschäfte weiter und dort ging der Kurs für die deutsche Mark wiederum in die Höhe.

Sollte die Währung der deutschen Valuta anhalten, so müßten sich die Rückwirkungen bald in der Senkung der Warenpreise in Deutschland bemerkbar machen.

Die italienischen Wahlen

Rom, 15. Mai. (Stefani).

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sind heute im ganzen Lande einschließlich der neuen Provinzen vorgenommen worden. Die Wahlbeteiligung betrug 56-70 Prozent; in manchen Wahlkreisen war sie höher als im Jahre 1919. Namentlich in Rom war die Wahlbereitschaft hoch. In Aufstellungen ist es nur in der Provinz Neapel gekommen. In Venedig wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Kommunisten eine Person getötet. Auch aus Ferrara wird ein Todesgemeldet.

Genauere Ergebnisse der Wahlen sind infolge des umständlichen Wahlverfahrens erst in einigen Tagen zu erwarten.

Das voraussichtliche Wahlergebnis

Rom, 15. Mai.

„Tribuna“ sieht folgenden wahrscheinlichen Wahlergebnis voraus: Liberale, Demokraten, Radikale und Reformisten 240 bis 285 Sitze, Sozialisten 90 bis 110 Sitze, Popularen 90 bis 107 Sitze, Kommunisten 10 bis 15 Sitze, Republikaner 10 bis 15 Sitze, Faschisten und Nationale Kombattanten 20 bis 35 Sitze, Unabhängige Kombattanten 10 bis 15 Sitze, Slaven und Deutsche 10 bis 11 Sitze.

Drei Sozialisten in Rom gewählt

Rom, 16. Mai.

Nach den Wählern lassen die ersten Wahlergebnisse voraussichtlich, daß in Rom sieben Konstitutionelle, drei Popularen, drei Sozialisten und zwei Republikaner gewählt sein dürften. In Rom haben von 158 291 eingeschriebenen Wählern 67 245 gestimmt.

Verbotene Pfingsten

Von Alfred Richard Meyer

Zimmer, wenn Pfingsten, „das liebliche Fest“, naht, muß ich des Jahres 1918 gedenken, da uns dieser Tag alles andere als ein Fest war, obgleich es ganz gut ein solches hätte sein können. Wir waren ein paar Wochen vorher als Armierungssoldaten nach Kuffich-Polen verfrachtet worden und konnten unser Zeltlager beim Bau der Weichselstellung gegenüber der schönen alten Stadt Bloch, wo G. Th. A. Hoffmann einmal Kapellmeister war, zum Teufel gehen lassen. Die Arbeit war uns allen recht ungewohnt und keineswegs leicht, da für uns der zehn-Stunden-Arbeitstag galt. Dennoch — wir lagen ein gutes Duzend Kilometer hinter der Front und waren unseres Lebens sicher, bis wir dann in die Hölle von Sporn kommandiert wurden. Es hätte keineswegs den militärischen Interessen widersprochen, wenn wir das Pfingstfest also einigermaßen feierlich begangen hätten, wozu wir alle Vorbereitungen getroffen hatten, die uns aber, ohne Grund, in dreifacher Weisung versalzen werden sollten.

Unser Kompanieführer, ein Offiziersstellvertreter, ehemaliger Weinreifer, dann Professor einer Eisenfirma in Berlin, hatte es mit der Erziehung. Wir mußten kurz vor Pfingsten unsere Quartiere in den Häusern aufgeben, um zu je 50 Mann hinfort in offenen Scheunen zu hausen — um uns abzuhalten. Nachts klapperten wir bei drei Grad Kälte im schönen Monat Mai, tagsüber zerfloßen wir bei der Arbeit und dreißig Grad Hitze. Pfingsten wenigstens, wo wir einen freien Tag hatten, wollten wir uns einigermaßen heiter gestalten. Ein Spatzvogel unter uns war auf den Gedanken gekommen, daß wir zu diesem Tage eine Musikkapelle ins Leben rufen sollten, indem er für einige Mark von einem Berliner Warenhaus sogenannte Musikinstrumente bestellte. Und dann wollten wir unsere recht ärmlichen Scheunen an diesem Tage mit fröhlichen Weisenmaien schmücken und uns unseres Lebens freuen — „weil noch das Lämpchen glüht.“ Pfingstsonnabend nach der Arbeit Appell. Sämtliche Korporalschaften unserer Kompanie, nämlich 600 Mann, wurden angetreten da, mit allem Handwerkszeug, unseren Waffen, Sägen, Haden, Beilen, Hecken, aber auch herrlichen Weisenmaien. Ueber das Antlitz des Herrn Kompanieführers glitt sogleich der Schatten eines großen Unwillens. Wir wußten: es würde mal wieder dreizehn schlagen. Und da fragelte es auch schon los. Wer uns erlaubt habe, die Wäpche abzulegen. Das sei schwerer Waldstreifen. Hier in der freien Natur habe uns der Wald als Pfingstschmuck zu genügen. Sogleich seien alle Pfingstbische auf einen Haufen zu werfen, wo sie liegen bleiben würden, am später als Brennholz verwendet zu werden, da sie doch einmal abgerissen seien. Wir sagten uns im Stillen: da sie nun doch einmal schon abgerissen sind, können sie uns doch ebensogut das morgige Fest verschönen. Aber man hatte ja zu schweigen.

Häufigen schnell, bevor sie nach von den Ohren unseres Kompanieführers gehört werden konnten. Heftlich schweigend streckten wir uns, nach Einnahme unseres köstlichen Abendbrotes, auf unser Strohh, stellten im Nachwind zusammen, einzig mit der schönen Genugtuung, daß wir den nächsten Tag nach langer Zeit mal nicht zu arbeiten brauchten und etwas länger schlafen konnten, wenn uns nicht die Kälte wieder heftig und uns zu einem kleinen Dauerlauf um die Scheune zwang.

Aber als dann die Pfingstsonne in unseren hohen luftigen Raum sprang, da streckten wir alle Kergerlichkeiten von uns ab und gingen in den polstigen Weid. Und Singen ward unser Mund, ohne Befehl von oben. Und frohes Licht fiel in unser Herz; weil wir noch unter Leben hatten und unsere Jugend, die gottlos nichts davon ahnte, welch schweren und blutigen Tage ihr an der slandrischen Front bevorstanden. Wir begingen Pfingsten auf unsere Weise, wenn uns auch das Fest, wie es uns vorgeschwebt hatte, verbotet ward.

Deutschlands Reparationspflicht. Professor Dr. A. Forel sendet uns und dem „Droit du Peuple“ folgende Zuschrift: Ich schlage der Entente folgendes praktische Projekt vor, um sich die Reparationen bezahlen zu lassen:

Deutschland wird gezwungen:
1. Herrn Stinnes und Genossen, wie die Mehrheit der deutschen Presse, die in ihrem Solde steht, die Hälfte der durch Deutschland den verarmtesten Ländern geschuldeten Reparationen bezahlen zu lassen;

2. sofort das Alkoholverbot (für jedes alkoholische Getränk) in Deutschland einzuführen, um die andere Hälfte der Reparationen mit dem Gelde zu bezahlen, das bisher aus den Tälchen der deutschen Verbraucher dieser alkoholischen Getränke, d. h. durch ihre Steuern, in die Tasche der Bevogter und Brauer fließt. Dafür soll die Entente nicht mehr von Deutschland den Bezug französischer Weine fordern.

So wird der Entente Genugtuung geleistet werden können, ohne daß das deutsche Volk infolge fortschreitender Unterernährung Hungers stirbt. Ich wundere mich, daß bis heute niemand, selbst nicht Herr Stinnes an diese Lösung der Frage gedacht zu haben scheint, die doch so einfach ist.

Ein Volksschauspielhaus in Wien. Die Gemeinde Wien hat dem Direktor Karl Langstamer das Gebäude des Zirkus Schumann für 10 Jahre verpachtet. Direktor Langstamer ist verpflichtet, das Haus, das bisher Varieteeinstellungen diente, in ein Volksschauspielhaus umzuwandeln, das ausschließlich der Volksbildung gewidmet sein soll.

Tages-Rotizen

Städtisches Schwimmbad. Im Bezirk des gefährlichen Sechste-Bezirks in Frankfurt a. M. wird die Intention der Städtischen Schwimmbadkommission der Verbesserung der öffentlichen Schwimmbäder am 22. Mai angenommen, bei der die Kosten anhaltend 21 600 000 zu geschätzten Preisen wiederholt wird.

Die werdende Stadtgemeinde

Der Oberpräsident gegen die Selbstverwaltung

Mühsam kommt die neue Stadtgemeinde zustande. Die Bezirksämter sind in der Hauptsache gebildet und in Tätigkeit gesetzt. Ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen den Außenbezirken und den sechs Berliner Innenbezirken. Während in den Außenbezirken die einzelnen Orte zusammengezogen werden zu einer einheitlichen Verwaltung, muß die Berliner Verwaltung für die sechs Innenbezirke zerlegt werden. Dabei bereitet die Raumfrage die größten Schwierigkeiten. Aus diesen Gründen ist die Arbeit in den Berliner Bezirken in der Hauptsache gegenwärtig noch ein vorbereitende, die nach außen nicht in die Erscheinung tritt. Man hat sich vielfach darauf beschränkt, Dezernate zu verteilen für Gebiete, die noch gar nicht in die Verwaltung der Bezirke übergegangen sind, und Deputationen gebildet, die zunächst noch ohne jede Exekutivberechtigung sind.

Inzwischen ist die nach dem Gesetz geforderte Anhörung der Bezirksbürgermeister über die Abgrenzung in Gang gekommen. In diesen Konferenzen der Bezirksbürgermeister mit dem Oberbürgermeister kommt sehr stark die Tendenz nach größerer Dezentralisation zum Ausdruck, eine Tendenz, die sich zum Teil gegen das Grundprinzip des Gesetzes über die Einheitsgemeinde wendet, eine Tendenz, wie sie auch in den neuen Anträgen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtage zum Ausdruck gebracht ist. Der Kern dieser Bestrebungen richtet sich gegen die unter sozialistischem Einfluß stehende Zentralverwaltung. Diesen Einfluß zu brechen, soll die Dezentralisierung unter allen Umständen zum unausgesprochenen Ziel haben. Es muß in allen Bezirken von unseren Genossen auf diese Bestrebungen acht gegeben werden, und es darf nicht dahin kommen, daß Kirchturns- und Verwaltungsbezirksinteressen zum Schaden unserer Sache den Vorrang erlangen.

Die vom Magistrat den Bezirksbürgermeistern vorgelegten Gebietsabgrenzungen sind enthalten in den Satzungen der zentralen Deputationen. Richtiger wäre es, wenn festgelegt wäre, die oder die Aufgaben sind den Bezirken überlassen. Das wird noch im einzelnen nachgeholt werden müssen. Sozialistischer lassen sich die Dinge nicht. Daß beispielsweise die Krankenhäuser in der Stadt Berlin nicht von den Bezirken verwaltet werden können, in denen sie zufällig liegen, während ein in Charlottenburg liegendes Krankenhaus dem Bezirk ohne Schaden zur Verwaltung überwiesen werden kann, weil es in der Hauptsache örtlichen Zwecken dient, ist aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse heraus erklärlich. Aber ebenso richtig ist, daß z. B. die Statistik nur Sache eines zentralen statistischen Amtes sein kann und nicht in Bezirke zerstückelt werden darf. Noch ehe die Verwaltung streng umgezogen ist, bemühen sich aber Beamtenkategorien, ihre Interessen durch Schaffung zahlreicher gehobener Stellen in den Vordergrund zu stellen. Unseren Genossen liegt es sehr vornehmlich daran, erst die Gebiete in die Hand zu bekommen, um die Arbeit mühsam in den Gang zu setzen. Die vielfach in der Eile geschaffenen Deputationen in den Bezirken scheinen einen solchen Aufbau nicht nur nicht zu fördern, sondern sogar im Wege zu stehen, da der Ueberblick bei einem solchen Gebilde, wie es die neue Verwaltung darstellt, zu leicht verloren gehen kann.

Inmitten dieser mühsamen Aufbauarbeit kommt die Nachricht, daß der Oberpräsident wieder einmal seine Finger in die städtische Selbstverwaltung hineinsteckt hat. Entsprechend dem Gesetz, nach welchem den Stadtverordneten eine Auslagenentschädigung gezahlt werden kann, hatte die Stadtverordnetenversammlung ein Ortsgesetz beschlossen, nach welchem die Stadtverordneten für Sitzungen eine Entschädigung von 10 Mark pro Sitzung, den Stadtratsverordneten und Bezirksverordnetenvorsitzern sowie unbesoldeten Stadträten eine monatliche Pauschalvergütung von 600 bzw. 400 Mark gewährt wird. Jetzt kommt der Oberpräsident und verhindert die Ausführung dieses Beschlusses. Die weitere Auszahlung dieser Entschädigungen ist stilliert worden. Nicht nur deswegen, weil das Ortsgesetz nach seiner Meinung ihm hätte zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, das wäre mehr formeller Natur, nein, der Oberpräsident beanstandet den Stadtverordnetenbeschluss auch materiell. Er will nur die Vergütung barer Auslagen zulassen und die Entschädigung für Verlust an Arbeitslohn.

Dieser Eingriff in die Selbstverwaltung ist um so ungeheurer, als solche Entschädigungen, wie sie jetzt gezahlt werden, für Sitzungen, wie für unbesoldete Stadträte schon seit einigen Jahren gang und gäbe sind. Als der Oberpräsident noch Bürgermeister von Charlottenburg war, hat er einen solchen Beschluss auch für richtig und rechtlich begründet gehalten.

Der einzige Unterschied besteht in der höheren Entschädigung — früher 6 Mark, heute 10 Mark pro Sitzung —, was aber in der Geldbewertung eine ausreichende Begründung findet. Gegen diesen erneuten Eingriff in die städtische Selbstverwaltung erheben wir Einspruch.

Diese Maßnahme entbehrt aber auch nicht eines gewissen Humors. Der Vorgesetzte des Oberpräsidenten, Herr Minister Dominicus, ist nämlich auch unbesoldeter Stadtrat von Berlin. Als solcher hat er diesen Beschluss mitgesetzt und hat diese beanstandete Aufwandsentschädigung auch bezogen. Als früherer Oberbürgermeister von Schöneberg hat er sie ebenfalls mitbezogen. Wie wird er sich seinem Oberpräsidenten gegenüber verhalten, die ihn in solche Ungleichheiten stürzt?

Rein Waffenstillstand mit Korfanty

EE. Paris 17. Mai.

Dem „Zeit Pariser“ wird aus London über die Nachricht des Abschlusses eines Waffenstillstandes zwischen Korfanty und Debrandes folgendes mitgeteilt: Am 6. Mai beauftragte die Interalliierte Kommission Debrandes, Korfanty mitzuteilen, daß er der Aufstandsbewegung sofort Einhalt tun möge. Korfanty erklärte sich bereit, seinen Truppenabteilungen den Vormarsch zu unterlassen und den Streitenden aufzutragen, daß die Arbeit sofort wieder aufzunehmen wäre, doch forderte er von der Kommission, daß sie ihm behilflich sein möge, die Erregung, die unter seinen Leuten herrschte, zu beruhigen. Am 8. Mai hat er den General Debrandes, eine Note zu übergeben, in der er die Hilfe verlangte und Anregungen in dieser Richtung gab. Die Forderungen Korfantis wurden von Debrandes dem Präsidenten der Interalliierten Kommission übermittelt, der ihnen jedoch nicht stattgegeben hat. Die Kommission hat mit Korfanty zu keiner Zeit einen Waffenstillstand besprochen, noch viel weniger einen solchen beschlossen.

Briand über den deutschen Einmarsch

Er wird ihn nicht zulassen

Paris, 15. Mai.

Bei dem gestrigen Empfang des polnischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Sapieha, hat nach „Matin“ Mi-

nisterpräsident Briand erklärt, Frankreich werde auf keinen Fall den Einmarsch der deutschen Armee in Oberschlesien zulassen. Briand hat aber die Hoffnung ausgesprochen, daß die polnische Regierung ihre Neutralitätspolitik aufrechterhalten werde, damit die Aufgabe der Interalliierten Kommission nicht erschwert werde.

Die polnische Antwort auf die Rede Lloyd Georges

Die polnische Gesandtschaft in London veröffentlicht folgende Mitteilung: Bezüglich der Erklärung des Ministerpräsidenten in der ober-schlesischen Frage und gewisser Zeitungsmeldungen, muß ferner festgestellt werden, daß darin Argumente enthalten sind, die von der Annahme ausgehen, daß der Friedensvertrag nicht beachtet worden sei, und daß Polen ihn sogar verächtlich behandelt habe. Die polnische Gesandtschaft sieht sich infolgedessen zu der Erklärung gezwungen, daß die verantwortlichen Behörden von Polen, die Regierung sowohl als auch das Parlament, immer entschlossen waren, darüber zu wachen, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages genau durchgeführt werden. Der polnische Ministerpräsident Briand hat diese Entschlossenheit in seiner am 10. Mai im Parlament gehaltenen Rede betont, indem er unabweisend erklärte, daß Polen in der ober-schlesischen Frage nichts anderes wünsche, als die genaue und loyale Durchführung des Friedensvertrages. Die polnische Regierung habe deshalb vor einigen Tagen gebeten, daß die Alliierten ihre Entscheidung beschleunigen möchten. Polen beabsichtigt, sich dieser Entscheidung zu fügen.

Der Oberste Rat

Paris 16. Mai.

Wie der „Intransigent“ berichtet, wird die nächste Sitzung des Obersten Rates wahrscheinlich in Ostende stattfinden. Auf der Tagesordnung werde in erster Linie die ober-schlesische Frage stehen, aber die Alliierten würden bei dieser Gelegenheit auch gewisse Einzelheiten über die Flüssigmachung der deutschen Obligationen klar zu stellen versuchen. Dazu komme die Entwaffnung Deutschlands. Ministerpräsident Briand werde zu dieser Konferenz mit einem Antrag der französischen Kammer gehen, in dem die Wünsche des Landes einen bestimmten Ausdruck fänden. — Das Blatt sagt an einer anderen Stelle, der Oberste Rat werde kommenden Montag wieder zusammentreten.

Die Lage im Aufruhrgebiet

Nach den vorliegenden offiziellen Meldungen haben die Pfingstfeiertage eine Verschärfung der Lage gebracht. Als Grund dafür werden Truppenverchiebungen angegeben, die innerhalb des Aufruhrgebietes stattgefunden haben. So hat der Abtransport italienischer Truppen aus Nikolai sowie aus den Kreisen Bieł und Rdnitz die Befehle von Nikolai durch polnische Insurgenten bereits zur Folge gehabt, während die Befehle der Städte Bieł und Rdnitz aus dem gleichen Grunde befristet sind. Gogolin sei von den Insurgenten mit Artillerie beschossen worden. Die Meldungen der Interalliierten Kommission über eine Besserung der Lage in Oberschlesien entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim deutschen Bevollmächtigten ist auf sein Ersuchen, sich durch Augenschein von den tatsächlichen Machtverhältnissen in dem von den Insurgenten besetzten Gebiet überzeugen zu können, von dem Stellvertreter des Generals Le Rond erklärt worden, daß er zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, die Garantie für seine Sicherheit zu übernehmen.

Einzelne Fälle von Terror sowie vereinzelte Bandenkämpfe werden aus allen Teilen des Aufstandsgebietes gemeldet. Ein Eisenbahnzug mit 650 Flüchtlingen aus dem Kreise Rdnitz ist von den Polen angehalten worden, obwohl sie sich verpflichtet hatten, ihn nach Ratibor durchzulassen. 160 deutsche Apo-Beamtinnen und 300 junge Leute aus dem Kreise Rdnitz, die sich in dem Zuge befanden, sind trotz des Protestes der interalliierten Offiziere nach Loslau gebracht worden. Im übrigen wird aus Oberschlesien Lebensmittelmangel und Geldknappheit gemeldet.

Georgien unter russischer Okkupation

Aus Tiflis wird von Ende April geschrieben:

Die Ziffer der russischen Besatzungstruppen beläuft sich auf 100 000 Mann. Der Kleinhandel ist gestoppt. Der Großhandel wurde nationalisiert und ist völlig lahmgelegt worden. Die Banken sind alle geschlossen. Ununterbrochen arbeitet die Rotenpresse: von den Bolschewisten werden Milliarden georgische Rubel gedruckt und in Umlauf gesetzt. Dieses Falschgeld ist von den richtigen georgischen Noten nicht zu unterscheiden, da zur Herstellung die alten Rillsteine benutzt werden. Der Sowjetrußel wurde zwangsweise eingeführt und im Kurse dem georgischen Rubel gleichgestellt. Die Bauern nehmen für ihre Produkte, die sie hier knapp liefern, horrenden Preise und verlangen als Zahlungsmittel nur georgische Rubel. Diese werden von ihnen alsdann vertriebt. Das Sowjetgeld gibt sich jeder Mühe, los zu werden.

Die Nahrungsverhältnisse verschlimmern sich zusehends. Fleisch und Obst sind völlig verknappt. Das Brot — fast das einzige Nahrungsmittel für die städtische Bevölkerung — ist kaum genießbar. Der Arbeiter hat eine Brotration von 400 Gramm täglich; Nichtarbeiter — 200 Gramm. Der Preis ist verhältnismäßig niedrig — 100 Rubel für 400 Gramm. Das Brot ist äußerst knapp und auch im Schleichhandel nicht erhältlich. Zucker gibt es noch im Schleichhandel, 16 000 Rubel für 400 Gramm.

Die besseren Wohnungen und Häuser wurden für Militärs und Sowjetbeamte requiriert. Mehrere reiche Stadtviertel wurden zwangsweise geleert und den Arbeitern zur Verfügung gestellt. Die georgischen Arbeiter weigerten sich aber ganz entschieden, diese geräumten Wohnräume zu beziehen; durch ein besonderes Dekret wurde jeglicher Wohnungswechsel ohne spezielle obrigkeitliche Genehmigung verboten, auch der Umtransport von Möbeln.

In Kascheth, wo ein heftiger Partisanenkampf geführt wurde, wurden Massenverhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden nach Kascheth abtransportiert.

Die sogenannten „georgischen Bolschewikare“ besaßen sich in intimen Gesprächen: Sie fühlen sich im Lande nicht wohl; sie scheinen eingekerkert zu haben, daß ihre Herrschaft nur von kurzer Dauer sein wird. Sehr häufig werden kommunistische Agitationsversammlungen veranstaltet — sie werden einfach ignoriert. In mehreren Gewerkschaften wurden Rekruten in die Vorhände vorgenommen. Das Ergebnis war jedesmal, daß durchweg Menschewisten, d. h. Sozialdemokraten, gewählt wurden. Auch die Eisenbahner (die größte Gewerkschaft) haben einen neuen Vorstand ausschließlich aus Sozialdemokraten gewählt.

Die gesamte Presse des Landes — die bürgerliche sowohl wie die politische und gewerkschaftliche Arbeiterpresse — wurden erbrockelt. Neben den kommunistischen Regierungsblättern erscheint bloß ein georgisches Blatt der sogenannten Föderalisten — die einzige Parteidruckerei, die sich von den Bolschewisten kontrollieren ließ. Es ist dies eine unbedeutende Gruppe kaukasischer Nationalbolschewisten, die im Lande keinen Anhang hat.

Zur dritten Internationale. Der Kongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Linken in Prag hat mit 562 gegen 7 Stimmen den bedingungslosen Beitritt zur Dritten Moskauer Internationale und die Veränderung des Namens der Partei in Tschechoslowakische kommunistische Partei beschlossen.

Groß-Berlin

Berliner Pfingsten

Der Wettergott hatte während der Pfingsttage Einsicht mit der schwergelächelten Menschheit. Glücklich sandte die Sonne ihre Strahlen zur Erde und gab so Gelegenheit zu Wanderungen und Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung Berlins. Die Stadt selbst lag wie ausgestorben. Schon in aller Frühe setzte der Ausflugsverkehr nach den Vororten ein. Straßenbahn, sowie Stadt- und Ringbahn waren überfüllt, alles drängte zu den Haltestellen des Dampferverkehrs.

Von den Ufern der Spree und Havel, sowie dem grünen Walde liegen günstige Bezirke über einen großartigen Pfingstverkehr vor. In Friedrichshagen konnte der Bahnhof die Reisenden kaum fassen. Die Fahrt über die Müggel wurde von mindestens 30 000 Personen benutzt. In Grünau das gleiche Bild. Das Freibad war sehr stark besucht, das Strandleben bewegt und reizvoll anzusehen. In Tegel, der Ausfallspforte der nördlichen Stadtteile, war der Verkehr hervorragend. In Wannsee war der Feiertagsverkehr ganz außerordentlich; die Eisenbahn brachte ungezählte Gäste heran. Der Anblick des im schönsten Frühlingsjammer prangenden, von Dampfschiffen und Booten belebten Sees war überaus glänzend. In den Grunewald ergoß sich ein wimmelndes Heer von Ausflüglern. Sowohl in Hundeshle als in den anderen Zugängen kauerten sich auf den Bahnhöfen die Massen. Sehr stark war der Kram- und Autoverkehr. Es gab eine unerträgliche Staubentwicklung, soweit die Straßen nicht mit dem Staubverhindernden Öl behandelt waren.

Nun ist Pfingsten vorüber. Das Proletariat geht wieder an die gewohnte Arbeit, um nach wie vor in der Fron dem Kapitalismus zu dienen. Es hat aber die Pfingsten auch benutzt, um neue Kräfte und neue Kämpfer für den Sozialismus zu gewinnen. Viele unserer Genossen waren in unermüdbarem Eifer auf dem Lande tätig, um unter der Kapbarbeiterschaft für unsere gute Sache zu werden. Alles in allem wird man aber mit dem Pfingstfest zufrieden sein.

Ein Todesurteil. Wegen Ermordung seiner Ehefrau stand der Maschinenarbeiter Alwin Wieland aus Reutheim, 28 Jahre alt und anberaucht, vor dem Schwurgericht des Landgerichts II. Er hat im Jahre 1918 die Kämpfe in Frankreich mitgemacht, seine Führung beim Militär war laut Militärpolizei gut. Im Oktober 1919 verheiratete er sich mit der Schneiderin Anna Zippel, eine ordentliche und arbeitsame Frau. Die Ehe gestaltete sich bald sehr unglücklich. Der Angeklagte wurde arbeitslos und gab sich dem Spiele hin. Die Frau machte ihm wiederholt heftige Vorwürfe, es kam zu heftigen Szenen und die Zerwürfnisse steigerten sich so, daß der Zustand der Frau unerträglich wurde und sie im Juni 1920 mit ihren ganzen Sachen die Wohnung verließ. Der Angeklagte suchte sie dann wiederholt auf der Straße zu stellen, um von ihr Geld zu bekommen. Die Frau strengte wegen Mißhandlungen auf der Straße die Ehecheidungssache an, wurde nun aber von dem immer mehr wachsenden Haß des Mannes verfolgt. Am 17. September 1920 begab er sich, ausgerüstet mit einem Dolchmesser und einer Flasche Salzsäure, in die Wohnung seiner Schwägerin Frau Schulze in der Reuterstraße 36, wo die Ehefrau sich aufhielt. Er wurde dort eingelassen und fragte seine Frau, ob sie wieder zu ihm zurückkehren wolle, was die Frau aber ablehnte. Der Angeklagte drängte im Laufe des Gespräches immer näher an sie heran und als er dicht vor der ihm liegenden Frau stand, ließ er einen Zigarettenstummel vor ihre Nase fallen. Als er sich ansehend danach bückte, zog er blitzschnell das Dolchmesser aus der Tasche und ließ es seiner Frau in die Brust, so daß es darin stecken blieb. Dann trank der Angeklagte, nachdem er noch gesagt hatte: „Du bist erledigt, jetzt komme ich heran!“ die Flasche Salzsäure aus und fiel zu Boden. Die Frau wurde ins Krankenhaus Budow überführt und nach dort am nächsten Tage. Der Angeklagte selbst ist nicht aus dem Leben geschieden, sondern nach achtwöchigem Aufenthalt im Krankenhaus wieder gesund geworden. Daß er die Tat mit vollster Ueberlegung ausgeführt hat, beweist die Tatsache, daß in seiner Wohnung Aufzeichnungen von seiner Hand über die „Motive zur Tat“ vorgefunden wurden, ebenso ein Zettel, in welchem die „Mordkommission“ aufgefordert wurde, seine Papiere zu lesen. Die Geschworenen behielten die Todesstrafe wegen Mordes, worauf das Gericht die Todesstrafe über den Angeklagten verhängte.

Zwei weibliche Räuber verhaftet. Im sich Pfingstfelder anschaffen zu können, haben zwei junge Mädchen einen Raubüberfall unter Anwendung eines Betäubungsmittels verübt. Ihr Opfer war die 68 Jahre alte Kohlenhändlerin Frau Gildner aus der Gaumnauer Straße 31. Die alte Frau betreibt ihr Geschäft allein. Nachbarn fiel es auf, daß sie morgens ihren Geschäftstisch, hinter dem sie wohnte, nicht zur gewohnten Zeit aufmachte. Sie sahen sich nach ihr um und fanden sie bewußlos im Bette liegen. Das Durcheinander in der Wohnung ließ gleich erkennen, daß Frau Gildner überfallen und beraubt worden war. Die Ermittlungen der Revierbeamten lenkten den Verdacht auf ein junges Mädchen, das abends vorher bei der alten Frau gewesen war. Diese Besucherin wurde festgesetzt als eine Arbeiterin Elfride Schulze aus der Drielenstraße, die mit Frau Gildner bekannt war. Kriminalbeamte, die die Wohnung beobachteten, nahmen sie fest und legten ihr auf den Kopf, daß sie bei dem Ueberfall die Hand im Spiel gehabt habe. Sie leugnete auch nicht, jedoch aber die Hauptsache auf einen Mann, den sie Hermann Labahn nannte. Kriminalbeamte forschten weiter nach, mit dem überraschenden Ergebnis, daß Hermann Labahn ebenfalls ein Mädchen war, eine Frieda Regenwald aus der Drielenstraße. Beiden Mädchen fehlte das Pfingstkleid. Sie wollten aber unter allen Umständen eins haben und kamen nun auf den Gedanken, sich die Mittel mit Gewalt von der alten Kohlenhändlerin zu holen. Nach Aufklärung des zunächst nicht ungeschickt verführerischen Ueberfalls wurde auch die Regenwald verhaftet, und beide Mädchen muhten nun die Pfingstfeiertage, zwar in ihren neuen Kleidern, aber in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses verbringen.

Rechtskommission, heute abend 6 1/2 Uhr, Breite Straße 8-9. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Vorausschickliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Zunächst warm, bei mäßigen nordwestlichen Winden, zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung. Nachher kühl.

An alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte!

In der Woche nach Pfingsten, heute, den 22. Mai, beginnen die neuen Unterichtsferien der Betriebsrätezeit, auf die wir hier wiederholt hingewiesen haben. Es werden Kurse über das Betriebsrätegesetz und seine Anwendung eingerichtet und ferner Kurse über Einzelfragen abgehalten, die im bisherigen Unterricht nicht genügend berücksichtigt werden konnten.

Wir fordern sowohl die Betriebsräte, als auch alle anderen Arbeiter und Angestellten auf, diese Kurse zu besuchen. Der immer schärfer werdende Kampf mit dem Unternehmertum verlangt nicht nur genaue Gesetzeskenntnis, sondern auch besondere Schulung des Urteilsvermögens über alle volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Abteilung Rätechule, 93. Friede.

